

Leserbrief Fällung Rosskastanie Nikolaikirche

In einem Akt politischer Willkür wurde auf Anweisung von OB Wolf zum letztmöglichen Termin in diesem Jahr die prächtige, fast hundertjährige Rosskastanie an der Nikolaikirche am 27. Februar gefällt. Damit wurden alle Bemühungen eines fast vierjährigen Ringens von Bürgern und ihren Vertretern im Stadtrat um die Erhaltung dieses gesunden Baumes ad absurdum geführt. Die ignorante Art und Weise des Vorgehens der Oberbürgermeisterin, mit fadenscheinigen, unglaubwürdigen Argumenten die plötzliche Fällaktion kaschierend, ist im höchsten Maße undemokratisch. Wenn von einer schnellen Entscheidung in der Dezernentenrunde am 25. Februar (zwei Tage vor der Fällung!) die Rede ist, so entspricht das nicht der Wahrheit, denn der amtierende Dezernent, der mit der Angelegenheit bisher befasst war, wurde an der Entscheidung nicht beteiligt, die Fällaktion musste bereits von langer Hand vorbereitet gewesen sein.

Auch in Eisenach wird, wie überall im Lande, viel von Klimaschutzmaßnahmen geredet. Bürger organisierten öffentliche Diskussionen auf städtischen Plätzen, bei denen auch OB Wolf mit großen Worten hehre Ziele für den Klimaschutz verkündete. Sie plädierte für die Reduzierung von CO² durch Verringerung des Autoverkehrs, das Benutzen von Fahrrädern und mehr Stadtgrün etc. Wie lassen sich aber die Worte mit den Taten des Stadtoberhaupts in Einklang bringen angesichts der Vernichtung kostbaren Großgrüns in der Innenstadt und anderen Stadtquartieren, die seit Jahren offensichtlich problemlos möglich ist. Mancher Bürger wird entgegen, es gehe doch „nur“ um einen Baum! An dieser Stelle sollte aber nicht unerwähnt bleiben, dass ein Baum dieses Alters und Kronenumfanges der Kastanie mehrere Tonnen CO² im Jahr bindet und große Mengen Sauerstoff an die Umwelt abgibt. Deshalb kann insbesondere im stark versiegelten Stadtgebiet auf keinen derart großen Laubbaum verzichtet werden, unabhängig von seinem ästhetischen Wert für das Stadtbild. Die Rosskastanie hatte bisher alle Stürme, auch die der letzten Zeit, unbeschadet überstanden, geschuldet der Art seiner Wurzel und seines geschützten Standortes.

Bei diesem komplexen, für die Öffentlichkeit bedeutenden Vorgang, geht es vordergründig um Klimaschutzmaßnahmen. Aber es geht vor allem auch um Transparenz und Respektierung des Bürgerwillens und damit um die Einhaltung demokratischer Grundsätze und Spielregeln sowie um Kompetenz und Verantwortungsbewusstsein der Stadtspitze für das Gemeinwohl. Dieser Vorgang gehört zu einer Reihe von Fehlentscheidungen der letzten Jahre. Auch hier wurde die Öffentlichkeit bewusst getäuscht und damit der Schaden für die politische Kultur in unserer Stadt noch vergrößert.

Jakob Schmidt-Werthern